



Landesnaturschutzverband
Baden-Württemberg e.V.

Dachverband der Natur-
und Umweltschutzverbände
in Baden-Württemberg
nach § 66 Abs. 3 NatSchG

Anerkannter Naturschutz-
verband nach § 67 NatSchG

Pressemitteilung 110415

Stuttgart, 15. April 2011

LNV fordert Koalitionsparteien auf:

„Beim Straßenbau muss Instandhaltung vor Neubau gehen!“

Auch alte Planungen gehören nochmals auf den Prüfstand!

„Mehr Straßen bedeuten mehr Verkehr“ - mit dieser Kernaussage appelliert der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) an die Koalitionspartner, bei den laufenden Verhandlungen hinsichtlich des Neubaus von Straßen größtmögliche Zurückhaltung zu vereinbaren. Bei jedem Aus- und Neubauvorhaben müsse auf der Grundlage der neuesten verkehrswissenschaftlichen Erkenntnisse zweifelsfrei nachgewiesen werden, dass nicht neuer, zusätzlicher Verkehr entsteht und somit das ursprüngliche Planungsziel konterkariert wird. Auch schon länger in den Schubladen schlummernde, bereits planfestgestellte Vorhaben müssen nach Ansicht des LNV-Vorsitzenden Reiner Ehret nochmals auf den Prüfstand, da sie seiner Einschätzung nach häufig nicht mehr den neuesten gesetzlichen Anforderungen entsprechen.

Der LNV-Chef weist auf zahlreiche Untersuchungen hin, die belegen, dass eine Reduzierung des „Verkehrswiderstandes“ zwischen zwei Orten – also eine kürzere Fahrzeit - zu einer häufigeren Nutzung der Straße animiert und die Verkehrszahlen auch unabhängig von möglichen Effekten einer Verkehrsverlagerung steigen. Ehret spricht sich dafür aus, stattdessen in Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung zu investieren, weil so der umgekehrte Effekt – also eine Verkehrsreduzierung - eintrete. Ein solches Vorgehen entlaste nicht nur die Anwohner, sondern bewahre Natur und

Landschaft sowohl vor weiterer Flächenversiegelung als auch vor der Zerschneidung intakter Lebensräume.

Schon jetzt sieht der LNV Land und Bund in der Pflicht, die im „Generalwildwegeplan“ dokumentierten verheerenden Schäden, welche unser Straßennetz im Naturhaushalt jedes Jahr hervorruft, unter anderem mit dem Bau von Grünbrücken zu minimieren. Weitere größere Straßenbauprojekte sind für den LNV nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus ökonomischer Sicht abzulehnen: „Jeder zusätzliche Straßenkilometer bürdet zukünftigen Generationen enorme Kosten für Unterhaltungs- und Reparaturarbeiten auf,“ stellte Ehret fest. Schon heute fehle dem Staat das hierfür nötige Geld, so dass sich sogar der Landesrechnungshof gegen weitere Straßenneubauten ausgesprochen hat. Ein besonderer Dorn im Auge ist hier den Naturschützern, dass sich über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz jeder Bürgermeister nach dem „Reih-um-Prinzip“ selbst in den entlegensten Winkeln des Landes den „First-Class-Ausbau“ kaum befahrener Straßen finanzieren lassen kann. Wenigstens diese Unsitte – so Reiner Ehret abschließend - muss ein rasches Ende haben. Es müsse also auch in der grün-roten Koalitionsvereinbarung über dem Kapitel Straßenbau stehen: „Instandhaltung geht vor Neubau!“